



POLITIK AKTUELL

Ausgabe 06/2008
27.06.2008

Informationen aus Berlin, Dresden
und der Region

Editorial

Liebe Parteifreunde, liebe Mitsreiter, sehr geehrte Damen und Herren!

Das erste Halbjahr 2008 war innerhalb der Großen Koalition nicht einfach. Die wachsende Zerstrittenheit des Koalitionspartners sowie die Entscheidung der SPD, immer weiter nach links zu rücken und sich der Linkspartei anzubiedern, haben die Arbeit nicht erleichtert. Trotzdem wurde auch im vergangenen halben Jahr das Land gut re-

giert. Zu Beginn der Sommerpause gilt es nun, geschlossen zu bleiben. Während die SPD weiter streiten wird, vor allem bei ihrer Führungsfrage, muss die CDU/CSU einmal mehr zeigen, dass sie das stabilisierende Element der Großen Koalition sind.

Nach der Sommerpause stehen dann eine Reihe wichtiger Vorhaben an, etwa die Aufstellung des Bundeshaushalts 2009, die mittelstandspolitisch

freundliche Ausgestaltung der Erbschaftsteuer und natürlich auch die Frage, welche Antworten wir auf die hohen Energiepreise geben können.

Ihr und Euer



Gerechte Chancen durch mehr Bildung

Rund 80.000 Jugendliche verlassen jährlich die Schule ohne Abschluss. Für diese Jugendlichen steht berufliche Aussichtslosigkeit quasi fest! Ihre Situation ist nicht nur menschlich sondern auch sozial- und wirtschaftspolitisch inakzeptabel. Bildung ist nicht nur Schlüssel für individuelle Chancen und Teilhabe an der Globalisierung, sie entscheidet auch über den Erfolg unserer Volkswirtschaft, die von der Qualifikation der Bevölkerung, von ihrem „Humankapital“ lebt. Wir haben bereits viel investiert, aber bei weitem nicht genug. Es ist offensichtlich, dass es nach wie vor Versäumnisse gibt. Bildung muss deshalb noch

stärker als bisher zu einem nationalen Schwerpunktthema werden, das nur in Kooperation aller staatlichen Ebenen erfolgreich gelöst werden kann. Beispielsweise müssen Kinder und Jugendliche mit Lernschwächen zu einem frühestmöglichen Zeitpunkt gefördert werden, um ihr schulisches Scheitern zu verhindern. Schon im Kindergarten sind Sprachschwierigkeiten feststellbar und können durch verpflichtende Förderung behoben werden. Es ist zweitens nicht hinnehmbar, dass die Hauptschule zum Abstellgleis zu werden droht. Kein Bildungsweg darf eine Sackgasse sein, sondern muss Durchlässig-

keit gewährleisten. Drittens darf nicht die soziale Herkunft, sondern muss Begabung über Chancen und Aufstieg entscheiden. Wir sind für die Vererbbarkeit von Eigentum, aber nicht für die Vererbbarkeit von Chancen! Auch hier liegt die Antwort in einer möglichst frühen, auch individuellen Förderung. Wenn wir einen präventiv handelnden Sozialstaat wollen und keinen, der nur Schäden repariert, dann müssen wir handeln. Bildung ist der Nukleus für alles – für eine erfolgreiche Sozialpolitik, für erfolgreiche Integration, für sinnvolle Kriminalitätsbekämpfung und für erfolgreiche Wirtschaftspolitik!

In dieser Ausgabe:	
Historische Verantwortung wahrnehmen, Aufarbeitung voranbringen, der Opfer gedenken	2
Wir halten am EU-Reformvertrag fest	2
Die Woche im Bundestag	3
Zahlen, Fakten, Wissenswertes	3
Termine & Impressum	4

Historische Verantwortung wahrnehmen, Aufarbeitung voranbringen, der Opfer gedenken

Das Bundeskabinett hat die Fortschreibung der Gedenkstättenkonzeption des Bundes vom 27. Juli 1999 beschlossen. Die vorliegende Gedenkstättenkonzeption des Bundes trägt den erinnerungspolitischen Ansprüchen auf Wahrnehmung der Verantwortung, Verstärkung der Aufarbeitung und vertieftes Gedenken an die Opfer Rechnung.

In der Weiterentwicklung der Konzeption des Bundes von 1999 setzt sie für die Erinnerungskultur maßgebliche Schwerpunkte: Im NS-Bereich erhält die Gedenkstättenarbeit in mehrfacher Hinsicht eine verstärkte Unterstützung. So werden die vier national bedeutsamen KZ-Gedenkstätten Bergen-Belsen, Dachau, Neuengamme und Flossenbürg neu in die institutionelle Förderung des Bundes aufgenommen. Die erinnerungspolitische Aufarbeitung des SED-

Unrechts wird auf eine völlig neue Grundlage gestellt. Lag der Schwerpunkt bisher hauptsächlich auf der Erschließung und Auswertung der Stasi-Akten, wird nun das SED-Unrechtsregime insgesamt in den Blick genommen. Neu geschaffen wird der „Geschichtsverbund zur Aufarbeitung der kommunistischen Diktatur in Deutschland“,

in dem alle betreffenden Einrichtungen gemeinsam die Aufarbeitung voranbringen sollen. Neu ist auch die Strukturierung der Erinnerungsarbeit über die SED-Diktatur in vier Themengruppen: Teilung und Grenze, Überwachung und Verfolgung, Gesellschaft und Alltag, Widerstand und Opposition. Hier sind insbesondere zu erwähnen: das geplante Dokumentations- und Bildungszentrum zu „Repression in der SED-Diktatur“ in der Normanstraße, der ehemaligen

Zentrale des Ministeriums für Staatssicherheit, dem Symbol für den Terror der Stasi durch Zersetzung und die Betonung Leipzigs als dem Schwerpunkt der Würdigung des Widerstands gegen die SED-Diktatur. Fortgesetzt wird die Arbeit der Bundesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen (BStU), die seit der Gründung der Behörde 1990 einen wesentlichen Beitrag zur Aufarbeitung der SED-Diktatur geleistet hat. Da die BStU aber immer schon als zeitlich befristete Einrichtung konzipiert war und ihre Unterlagen zu einem vom Deutschen Bundestag noch festzulegenden Zeitpunkt ins Bundesarchiv überführt werden, wird eine vom Deutschen Bundestag einzusetzende Kommission zu allen Modalitäten der Akten- und Aufgabenverlagerung in der nächsten Legislaturperiode Vorschläge unterbreiten.

Deutschlands Geschichte

im 20. Jahrhundert wurde nachhaltig durch das Terror-Regime des Nationalsozialismus geprägt. Dem systematischen, auf völlige Vernichtung abzielenden Völkermord an 6 Millionen Juden als Menschheitsverbrechen bisher nicht gekanntes Ausmaßes kommt in der deutschen, europäischen und weltweiten Erinnerungskultur singuläre Bedeutung zu. Unter der Diktatur der SED wurden politische Gegner und Andersdenkende jahrzehntelang den Verfolgungs- und Zersetzungsmaßnahmen des Staatssicherheitsdienstes ausgesetzt. Diese Kapitel unserer Geschichte konsequent aufzuarbeiten und an das Leid der Opfer zu erinnern, ist gemeinsame Aufgabe von Staat und Gesellschaft. Dabei ist es selbstverständlich und unverzichtbar, den Unterschieden zwischen der NS-Terrorherrschaft und der SED-Diktatur Rechnung zu tragen.

Dr. Michael Luther: Wir halten am EU-Reformvertrag fest

Am Donnerstag letzter Woche gab es eine Regierungserklärung im Deutschen Bundestag zum Europäischen Rat, der am 19. und 20. Juni in Brüssel stattfand. In dieser Debatte hat die Bundeskanzlerin deutlich gemacht, dass für uns die nach dem Nein der Iren zum Vertrag von Lissabon aufgekommenen Forderungen nach einem „Europa der zwei Geschwindigkeiten“ oder einem „Kerneuropa“ keine Option sind. Denn die Geschlossenheit Europas ist kein Selbstzweck, sondern ein hohes Gut.

Das Nein der Iren zum Vertrag von Lissabon ist dauerhaft. Es disqualifiziert aber nicht den Vertrag, weil er die Europäische Union

handlungsfähiger und transparenter macht sowie die Vielseitigkeit der Mitgliedstaaten respektiert und ihnen neue Mitwirkungsmöglichkeiten eröffnet. Kurzum: Dieser Vertrag macht die EU besser. Deshalb haben wir ihn im Deutschen Bundestag ratifiziert.

Wir werden den Reformvertrag keineswegs aufgeben und auch nicht neu verhandeln. Die Staats- und Regierungschefs aller 27 Mitgliedstaaten haben den Vertrag von Lissabon unterzeichnet. In 18 Mitgliedstaaten ist die Ratifizierung bereits abgeschlossen. Wir erwarten daher, dass die anderen Mitgliedstaaten ihre innerstaatlichen Ratifizierungsverfahren weiterführen. Die irische Regie-

rung muss zusammen mit den anderen Staats- und Regierungschefs beim EU-Gipfel in dieser Woche einen Ausweg aus der schwierigen Situation finden.

Gerade Irland und die irische Bevölkerung haben seit ihrem Beitritt enorm von der Mitgliedschaft der EU profitiert. Es ist angesichts der emotionalen und vielerorts bewusst verzerrenden, populistischen Kampagne gegen den Vertrag von Lissabon offenbar noch nicht gelungen, diese Vorteile deutlich genug hervorzuheben.

Für uns steht fest: Bloß weil einer nicht mitmacht, wird Europa nicht aufgegeben.

Europa muss weiterhin zusammenwachsen und die Eigenverantwortlichkeit seiner Mitgliedsländer stärken. Für uns ist auch klar: Die EU darf jetzt nicht einfach über das Ergebnis des Referendums hinweggehen. Sie muss sich vielmehr selbst fragen, wie sie Europa näher an die Menschen bringen kann. Mit mehr Bürokratie und Gängelung wie etwa bei der Antidiskriminierung und dem Bodenschutz wird ihr das nicht gelingen.

In einer **Regierungserklärung hat die Bundesregierung über die Ergebnisse der Afghanistan-Konferenz in Paris berichtet**, an der etwa 80 Staaten und internationale Organisationen teilgenommen haben. Ziel der Konferenz war es, eine politische Bilanz des bisher Geleisteten zu ziehen, Defizite aufzuzeigen sowie einen Fahrplan des Wiederaufbaus für die nächsten Jahre zu entwickeln.

In dieser Woche wurde der **Tätigkeitsbericht des Petitionsausschusses des Deutschen Bundestages** im Jahr 2007 debattiert. Der Petitionsausschuss hat im letzten Jahr 16.260 Petitionen und Eingaben erhalten, 2.139 davon wurden elektronisch, d.h. per Web-Formular, eingereicht. Rund 35 Prozent aller Petitionen betrafen die Gesetzgebung.

Der Großteil der Eingaben betraf den Zuständigkeitsbereich des BMAS und bezog sich insbesondere auf die Arbeitsverwaltung sowie auf Ansprüche, Höhe und Auszahlungsmodus bei Leistungen nach einem SGB.

Mit dem in zweiter und dritter Lesung verabschiedeten **Gesetz zur Modernisierung des GmbH-Rechts und zur Bekämpfung von Missbräuchen (MoMiG)** soll die bewährte Rechtsform der Gesellschaft mit beschränkter Haftung (GmbH) modernisiert und gegen Missbrauch gesichert werden. Die Unternehmensgründung wird beschleunigt, um die Rechtsform für den Mittelstand wieder attraktiv zu machen. Zudem besteht die Möglichkeit des Verzichts auf Stammkapital durch Einführung der

Rechtsformvariante der "Unternehmergesellschaft (haftungsbeschränkt)", die sich nach Erreichen des Mindeststammkapitalerfordernisses in eine GmbH umfirmieren kann. Auch werden „Firmenbestattungen“ künftig erschwert bzw. verhindert.

In zweiter und dritter Lesung wurde das **Gesetz zur Änderung des Bundeskindergeldgesetzes** verabschiedet. Durch eine Verbesserung und Weiterentwicklung des Kinderzuschlags werden weniger Kinder und ihre Familien auf ergänzende Leistungen nach dem SGB II angewiesen sein. Die bisher individuell zu bestimmende Mindesteinkommensgrenze wird auf einheitliche Beträge von 600 Euro für Alleinerziehende und 900 Euro für Paare festgesetzt und

damit zugleich deutlich abgesenkt. Gleichzeitig wird die Abschmelzrate für Einkommen aus Erwerbstätigkeit von 70 Prozent auf 50 Prozent abgesenkt und somit gewährleistet, dass im Geltungsbereich des Kinderzuschlags ein durchgehender Erwerbsanreiz durch einen kontinuierlichen Einkommensverlauf besteht. Bei einer hinreichenden Erwerbsbeteiligung kann nunmehr grundsätzlich Hilfebedürftigkeit im Sinne der Grundsicherung für Arbeitssuchende (SGB II) vermieden werden. Damit verringern wir die Armutsgefährdungsquote von Kindern.

Zahlen, Fakten, Wissenswertes

Deutschland ist Weltmeister im Energiesparen: Der Energieverbrauch in Deutschland ist im vergangenen Jahr so stark zurückgegangen wie in keinem anderen Land. Demnach hat Deutschland seinen Verbrauch von Öl, Kohle und Gas im vergangenen Jahr um 18,5 Millionen Tonnen Öl-Äquivalent verringert. Das entspricht einer Reduzierung von 5,6 Prozent. Die Sparleistung der Länder in der Europäischen Union blieb mit 2,2 Prozent deutlich hinter der deutschen zurück. (Quelle: BP Welt-Energiebericht)

Einkommensverteilung in den letzten fünfzehn Jahren weitgehend unverändert: Seit 1993 hat sich die Schere der Bruttoeinkommensverteilung weiter geöffnet. Während 1993 die Haushalte im zweithöchsten Einkommenszehntel über ein Bruttoeinkommen verfügten, das mehr als 19-

mal so hoch war wie das des zweitniedrigsten Einkommenszehntels, so betrug die Relation im Jahr 2003 bereits 28:1. Ein vollkommen anderes Bild ergibt sich jedoch bei der Betrachtung der Nettoeinkommen: Nach Abzug von Steuern und Sozialbeiträgen sowie unter Berücksichtigung aller Transferleistungen reduziert sich die Quote auf 2,7:1. Dies entspricht genau dem Wert von 1993. Grund hierfür ist die Steuerprogression. So trugen die oberen 30 Prozent der Einkommensbezieher vor 15 Jahren gut 68 Prozent zum Einkommenssteueraufkommen bei, zehn Jahre später hatte sich ihr Anteil auf 72 Prozent erhöht. (Quelle: Institut der deutschen Wirtschaft)

Teure Altersteilzeit: Die staatliche Förderung der Altersteilzeit kostet Steuer- und Beitragszahler deutlich mehr Geld als bisher ange-

nommen. Nach Berechnungen des Deutschen Industrie- und Handelskammertages (DIHK) summieren sich die Zuschüsse für die Altersteilzeit jährlich auf etwa 2,4 Milliarden Euro. Das sind fast eine Milliarde mehr, als derzeit angenommen wird. Die Zuschüsse kosten die Bundesagentur für Arbeit 2008 etwa 1,5 Milliarden Euro. Zusätzlich verzichtet der Staat auf einen Teil der eigentlich fälligen Steuern und Sozialabgaben. Laut den DIHK sind dies noch einmal beträchtliche Beträge: In der Kranken- und Pflegeversicherung summieren sich die Ausfälle auf jährlich 400 Millionen Euro, die steuerliche Begünstigung der Altersteilzeit kostete weitere 500 Millionen Euro. (Quelle: Deutscher Industrie- und Handelskammertag)

Größtes Vertrauen in die Außenpolitik von Bundeskanzlerin Angela Merkel: Die Außenpolitik von Angela Merkel erfreut sich weltweit großer Zustimmung: Nicht nur 76 Prozent aller Deutschen, sondern auch 84 Prozent aller Franzosen geben an, den außenpolitischen Entscheidungen der Bundeskanzlerin zu vertrauen. Auch in Großbritannien und Spanien äußert sich die Bevölkerungsmehrheit in diesem Sinne. Hohe Zustimmungswerte erreicht Merkel auch in Polen, Australien, Japan und den USA. Damit ist die Bundeskanzlerin im weltweiten Vergleich deutlich beliebter als George W. Bush, Nicolas Sarkozy und Wladimir Putin. (Quelle: Pew Global Attitudes Project)

Dr. Luther und das Redaktionsteam der POLITIK AKTUELL verabschieden sich in die parlamentarische Sommerpause. Die nächste Ausgabe der POLITIK AKTUELL erscheint Ende August mit Sonderausgabe anlässlich der ersten Sitzung des neuen Kreistags. Wir wünschen allen Leserinnen und Lesern eine erholsame und sonnige Urlaubszeit!

CDU KV Zwickau

Kreisgeschäftsstelle
 Hauptstraße 28
 08056 Zwickau
 Telefon: 0375-282710
 Fax: 0375-294567
 E-Mail: CDU-Zwickau@arcor.de



Nationalstürmer beim Mannschaftspsychologen

Termine Juli 2008

- | | | | |
|-------------------|--|-------------------|---|
| 27.06.2008 | Sommerfest der Sächsischen Union,
Uhrzeit: 18.00 Uhr,
Ort: Leipzig, Belantis | 07.07.2008 | G8-Gipfel in Toyako (Japan, bis 9.7.) |
| 03.07.2008 | Nominierungsveranstaltung
Bundestagswahl 2009
Uhrzeit: 19:00 Uhr
Ort: BIC Gewerbestraße 19
08115 Lichtentanne OT Stenn | 17.07.2008 | Geburtstag der Bundeskanzlerin
Dr. Angela Merkel |

Impressum

POLITIK AKTUELL ist ein Informationsbrief von Dr. Michael Luther (V.i.S.d.P.).
 Er ist Mitglied des Deutschen Bundestages und Vorsitzender des CDU-Kreisverbandes Zwickau.
 Haben Sie Fragen und Anregungen? Zögern Sie nicht, mit Dr. Luther in Kontakt zu treten! Er freut sich auf Ihre E-Mail unter michael.luther@bundestag.de.

Dr. Michael Luther erreichen Sie...

... im Wahlkreis: Hauptstraße 28
 08056 Zwickau
 Tel.: (0375) 29 17 79
 Fax: (0375) 29 45 67
 E-Mail: michael.luther@wk.bundestag.de

... in Berlin: Paul-Löbe-Haus, Raum 6.345
 Platz der Republik 1
 11011 Berlin
 Tel.: (030) 227 – 7 70 92
 Fax: (030) 227 – 7 61 16
 E-Mail: michael.luther@bundestag.de

CDU im Netz
www.michael-luther.de
www.cdu-zwickau-werdau.de